

Berlin 18. Februar 2021



Vom 28. bis zum 30. Juni 2021 wird Kaluga Ort der XVI. Russisch-Deutschen Städtepartnerkonferenz sein. Die 330.000 Einwohner zählende Stadt an der Oka liegt etwa 190 Kilometer südwestlich von Moskau und hat seit 1969 eine Städtepartnerschaft mit dem thüringischen Suhl

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder und Freunde des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften,

die Pandemieeinschränkungen begleitet unsere Arbeit ebenso wie die letzten Wochen weitere Verwerfungen in den deutsch-russischen Beziehungen brachten, insbesondere rund um die Verhaftung von Alexej Nawalny nach seiner Rückkehr nach Russland unter dem Vorwurf des wiederholten Verstoßes gegen Bewährungsauflagen. Weitere Prozesse folgten bzw. folgen. Die causa Nawalny belastet das politische Verhältnis zunehmend, bis hin zur Erklärung des russischen Außenministers Lawrow, dass die EU kein verlässlicher Partner mehr sei, und sein lautes Nachdenken über ein Einfrieren der Kontakte nach weiteren möglichen Sanktionen der EU-Staaten gegen Russland.

Angesichts dieser Großwetterlage und vor dem Hintergrund der Pandemie fällt es natürlich schwer den Projekten mit den russischen Partner nachzugehen und am Leben zu erhalten. Auch in Belarus gehen die Proteste gegen die Präsidentschaftswahl weiter und auch die Diskussionen in den Vereinen und im BDWO über den Umgang mit den Protesten. Das Spektrum reicht von einer klaren Solidarisierung mit der Opposition über ein sich nicht in die inneren Angelegenheiten

einzumischen bis hin zum Protest gegen weitere westliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Belarus.

Die Proteste in Belarus seit der Präsidentschaftswahl oder auch der Fall Alexej Nawalny lassen in vielem die Partnerschaftsarbeit in den Hintergrund treten. Nichtsdestotrotz sollte weiterhin die konkrete Projektarbeit in der Zusammenarbeit mit unseren Partnern über alle Grenzen der politisch unterschiedlichen Einschätzungen hinweg im Vordergrund unserer gemeinsamen Arbeit stehen. Denn wir alle wollen uns für die Völkerverständigung einsetzen.

Der Vorstand des BDWO hat bei seiner letzten Sitzung beschlossen, einige online-Veranstaltungen bzw. Konferenzen zu den beiden o.g. Themen zu organisieren. Wir werden umgehend darüber informieren, was wir davon umsetzen können.

Verschärfungen bei „Agenten“-Gesetzen

Ende des Jahres 2020 hat Präsident Putin eine Reihe von Gesetzen unterschrieben, die sich in erster Linie gegen Nichtregierungsorganisationen und Non-Profit-Organisationen, die als „ausländische Agenten“ bezeichnet werden, richten. Aktuell sind eine Reihe von gemeinnützige Organisationen in den Bereichen Wohlfahrt, Kultur, Bildung, Politik, Wissenschaft und Sport sowie solche Organisationen, die bei der Lösung von Rechtsstreitigkeiten und Konflikten die Interessen der russischen Bürger vertreten und ihnen rechtlichen Beistand anbieten, wie etwa „Memorial“ als „ausländische Agenten“ eingeordnet. Eine ganze Reihe Nichtregierungsorganisationen sind aufgrund von finanziellen Zuwendungen ausländischer Bürger oder Organisationen als „ausländische Agenten“ eingestuft worden. Dabei gehen sie häufig eine von der Politik weit entfernte Tätigkeit nach: sie organisieren sich beispielsweise im Gesundheitsschutz, in der Wohltätigkeit und im Rechtsschutz. Das Label „ausländischer Agent“ wurde auch vielen Umweltschutzorganisationen angeheftet. Im Staatshaushalt 2021 sind für den NRO-Sektor 10,2 Milliarden Rubel vorgesehen, dies ist mehr als im Jahr 2020. Jedoch wurde erstmals keiner der als „ausländischen Agenten“ eingestuften Nichtregierungsorganisationen Geld aus diesem Topf gewährt, der Staat hatte diese auch früher unterstützt hatte. Darüber hinaus ist seit Anfang 2020 ein Gesetz in Kraft, nach dem auch natürliche Personen als „ausländische Agenten“ eingestuft werden. Dabei wird die politische Tätigkeit sehr weit ausgelegt. Zu ihr wird die Organisation unterschiedlichster politischer Aktionen gezählt: Mahnwachen, Hungerstreiks, Kundgebungen, Demonstrationen und Blockaden bis hin zu Beiträgen über die russische Politik in den sozialen Netzen. Auch verpflichtet das Gesetz den Bürger Russlands, den Titel „ausländischer Agent“ selbst zu beantragen und ihn ordnungsgemäß in aller Öffentlichkeit zu tragen. Auf Nichterfüllung dieser Verpflichtung stehen laut einem weiteren Gesetz neben einer Geldstrafe bis zu fünf Jahre Haft. Zu den Dutzenden Gesetzen, die Präsident Wladimir Putin in den letzten Tagen des Jahres 2020 unterzeichnet hat, gehört das Gesetz über die Regularien der Berichterstattung der als „ausländische Agenten“ gelisteten Nichtregierungsorganisationen und über die Erweiterung des Begriffs „ausländische Finanzierungsquellen“: Ausländische Finanzierungsquellen sind nun neben unmittelbar ausländischen Quellen auch russische Quellen, deren Geld aus dem Ausland stammt. Zudem verlangt der Gesetzgeber, dass die als „ausländische Agenten“ eingetragenen Nichtregierungsorganisationen die Programme der von ihnen geplanten Veranstaltungen beziehungsweise die anschließenden Berichte über die Durchführung dieser Veranstaltungen dem Justizministerium vorlegen.

Ein wichtiges Moment der verschärften Gesetzeslage ist, dass die neuen Gesetze „ausländischen Agenten“ das Recht entzogen haben, irgendeine Tätigkeit im Zusammenhang mit Wahlen aller Ebenen zu entfalten, Informationen über die Kandidaten zu veröffentlichen, für einen Kandidaten zu werben oder gegen einen Kandidaten aufzutreten.

[Erklärung MV Petersburger Dialog 01](#)

Föderales Gesetz über die Jugendpolitik in der Russischen Föderation

Im Januar ist in Russland das „Föderale Gesetz über die Jugendpolitik in der RF“ in Kraft getreten, ein wichtiger Schritt für die russische Jugendpolitik und auch von Relevanz für den Jugendaustausch mit Russland auf Stadt- oder Gebietsebene. Dieses Gesetz wurde 17 Jahre lang beraten. Nun hat die Föderation mit dem Jugendgesetz einen verbindlichen Rahmen festgelegt, der zu einer stärkeren Einheitlichkeit führt und die Bedeutung der Jugendpolitik unterstreicht. Es stärkt unter anderem die Beteiligungsrechte von jungen Menschen und Jugendorganisationen im Rahmen der Jugendpolitik.

Ausdrücklich als wichtiges Handlungsfeld (§ 13) wird die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit benannt. Das neue Jugendgesetz macht die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit zu einem Thema für alle Regionen und Kommunen, die sich dazu verhalten müssen. Link zum russischen Original (<http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202012300003>)
Link zur [deutschen Übersetzung](#) des Gesetzes durch die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch

Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, hat uns dankenswerter seine Einschätzung des Gesetzes sowie die Meinung seiner Kollegen zur Auswirkung der geplanten Änderungen an den Gesetzen über die ausländischen Agenten auf den Jugendaustausch zur Verfügung gestellt.

Hier eine Bewertung des gesamten Gesetzes ausführlich zu machen, würde zu weit führen, aber für die Jugendpolitik in Russland ist das Gesetz ein wichtiger Schritt. Seit 17 Jahren gab Verhandlungen zum Jugendgesetz. Interessanterweise hat die jugendpolitische Zusammenarbeit mit Deutschland auch den Anlass gegeben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es gab ja bereits ein Jugendabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion im Jahr 1989, welches dann durch das Abkommen mit der Russischen Föderation 2004 abgelöst wurde. Hieraus hat sich die enge jugendpolitische Zusammenarbeit entwickelt. Mit keinem Land der Erde unterhält Russland ähnlich intensive jugendpolitische Beziehungen wie mit Deutschland. Das deutsche KJHG hatte in diesem Sinne eine gewisse Vorbildfunktion, weil es viele Jugendpolitiker in Russland kennen. Davon ist das Gesetz weit entfernt. Insbesondere die finanziellen Implikationen des deutschen Jugendgesetzes gingen den Verantwortlichen in Staatsduma und Regierung für Russland zu weit. Sie erschienen für Russland schlicht nicht als finanzierbar. Bisher gab es eine Föderale Strategie zur Jugendpolitik, die die Möglichkeiten der Jugendpolitik aufgezeigte, aber in den Regionen zu sehr unterschiedlichen jugendpolitischen Realitäten geführt hat. Nun hat die Föderation mit dem Jugendgesetz einen verbindlichen Rahmen festgelegt, was zu einer stärkeren Einheitlichkeit führt und die Bedeutung der Jugendpolitik unterstreicht. Es stärkt unter anderem die Beteiligungsrechte von jungen Menschen und Jugendorganisationen im Rahmen der Jugendpolitik und die Stellung der Jugendverbände gegenüber den staatlichen Verwaltungen. Das Jugendgesetz steht in Zusammenhang mit einer föderalen Strategie, die russische Gesellschaft stärker für die Herausforderungen einer globalisierten Welt fit zu machen. Bisher bleibt es in vielen Punkten sehr vage, hat aber dennoch einige Verbesserungen in Einzelfragen gebracht. Hierzu gehört die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit, die im Gesetz ausdrücklich als wichtiges Handlungsfeld benannt wird (§ 13). Bisher war Jugendaustausch in den russischen Regionen und Kommunen stark abhängig von dem Interesse der örtlichen Verwaltungen an dem Thema. Meist blieb der Jugendaustausch ein privates Projekt von Lehrkräften und nicht-staatlichen Organisationen ohne finanzielle Unterstützung staatlicher Seite. Dabei gab es aber auch Ausnahmen wie beispielsweise Städtepartnerschaften oder interessierte Regionalverwaltungen, die anlassbezogen unterstützen. Das neue Jugendgesetz macht die internationale jugendpolitische Zusammenarbeit plötzlich zu einem Thema für alle Regionen und Kommunen, die sich dazu verhalten müssen. Darin liegt viel Potential, denn das Interesse von Akteuren der schulischen, beruflichen und außerschulischen Bildung an internationaler Zusammenarbeit insbesondere mit Deutschland ist enorm hoch. Bisher konnte dieses Potential nicht annähernd ausgeschöpft werden, weil neben fehlenden finanziellen Mitteln auf deutscher Seite es auch auf russischer Seite nur unzureichende staatliche Unterstützungsinstrumente gab. Das könnte sich nun langsam ändern.

Ich habe meine Kolleginnen und Kollegen in Moskau um eine Einschätzung gebeten, wie sie die Gefahren vor dem Hintergrund der geplanten Änderungen des Gesetzes über ausländische Agenten einschätzen. Sie sind der Meinung, dass die möglichen Gesetzesänderungen auf den Jugendaustausch mit Deutschland keinen Einfluss haben werden. Insbesondere wurde darauf verwiesen, dass wir uns im Jugendaustausch im Bereich der humanitären Zusammenarbeit bewegen und dies im Hinblick auf das Gesetz ein unkritischer Bereich sei. Ob das stimmt, wird sich schnell erweisen. Allerdings kann es sein, dass der Jugendaustausch durch seine besonderen Umstände weniger betroffen sein wird als andere Bereiche.

- 1. Es gibt derzeit kaum Projekte, die die politische Jugendbildung zum Thema haben. Dies gilt zumindest für die Projekte, die durch die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gefördert werden.*
- 2. Es gibt ein jugendpolitisches Abkommen mit Russland, so dass Jugendprojekte im Rahmen des Jugendabkommens entsprechende offizielle Unterstützungsschreiben der Stiftung und des Russischen Koordinierungsbüros erhalten können. Diese dokumentieren für die russische Seite die Unterstützung der staatlichen Verwaltung, da das Russische Koordinierungsbüro eine staatliche Struktur ist.*
- 3. Der Deutsch-Russische Jugendrat beschließt ein Protokoll, welches unter anderem beinhaltet, das der Jugendrat eine Projektliste befürwortet. In der Projektliste sind alle beantragten (nicht nur die bewilligten) Projekte enthalten, die die Stiftung bis zur Jugendratssitzung erhalten hat. Das Protokoll der Jugendratssitzung wird allen Verwaltungen der Russischen Föderation, die mit der Umsetzung der Jugendpolitik betraut sind, durch das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulbildung der RF zugesandt. Entsprechend gelten alle Projekte dieser Liste als Projekte im Rahmen des Jugendabkommens, was eine recht weitgehende Absicherung dieser Projekte darstellt.*
- 4. Wir haben im Jugendaustausch das Prinzip der Gegenseitigkeit, welches besagt, dass die russischen Organisationen und Einrichtungen zur Umsetzung des Projektes entsprechende eigene Mittel einsetzen müssen. Deshalb gibt es keine deutsche Finanzierung von russischen Organisationen im Rahmen des Jugendaustausches. Dies gilt zumindest für die Projekte, die durch die Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gefördert werden.*

Mit diesen Ausführungen will ich die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen hinsichtlich des Gesetzes über ausländische Agenten nicht entwerten, sondern teile diese für ihren Bereich der deutsch-russischen Zusammenarbeit. Dennoch erschien es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass andere legislative Entwicklungen in Russland gibt, die nicht Richtung internationale Abschottung und Marginalisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren laufen, sondern gegenläufig sind.

Thomas Hoffmann
Geschäftsführer
Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH
Mittelweg 117b · 20149 Hamburg
thomas.hoffmann@stiftung-drja.de

Die Oase von Bishkek

von Hanns-W. Hey

Eben berichtet Aijana am Telefon über die aktuelle Corona-Situation in Bishkek. Die Ärzte - viele sind selbst erkrankt – können fast nichts tun, Beatmungsgeräte fehlen, die Krankenhäuser sind voll, den Kranken wird empfohlen, 4 Liter Wasser pro Tag zu trinken und “die chinesischen Tabletten” zu schlucken (möglicherweise Remdesivir) - *kommen von China und nicht so teuer*, sagt Aijana. Sie selbst und ihre komplette Familie sind an Corona erkrankt, die Kinder haben kaum Symptome, ihr und ihren Schwestern geht es nach 9 schweren Tagen etwas besser, der Vater, 75 und Diabetiker, ist gerade krank geworden und macht

die größten Sorgen. Die politische Situation ist nach der gescheiterten Wahl wieder relativ ruhig, aber ungewiss. Die erneute Wahl ist am 10. Januar, *wir müssen alle Vernünftigen zusammenrufen, es kann nicht so weitergehen*, sagt sie. Aijana hat auch im NUR-Haus angerufen. Dort leben gerade 5 Frauen mit 9 Kindern und alle sind gesund!

Das neue NUR-Haus für in Existenznot geratene Frauen ist nach Erweiterung, Um- und Ausbau zu einer räumlich gut ausgestatteten und sicheren Oase geworden. Unsere Sammelaktion, die Anfang dieses Jahres die stolze Summe von 100 000 Euro erbrachte und den Kauf eines Hauses in Bishkek mit 200 qm Wohnfläche auf einem 500 qm Grundstück möglich machte, kam genau zur richtigen Zeit. Im November 2019 hatten wegen Heizungsproblemen 10 Frauen mit ihren Kindern aus den 3 Räumen des gemieteten NUR-Hauses in ein anderes umziehen müssen, das ebenfalls nur 3 Räume und eine Küche hatte - es war bereits der fünfte Umzug seit 2010.

Das erste Quartier, ein Gebäude an der Peripherie der Stadt, war von einem Ehemann entdeckt worden, der drohte, das Haus anzuzünden, wenn seine Frau nicht herauskäme. Als sie gegen den Rat der Betreuerinnen schließlich zu ihm gegangen war, hatte er sie fast totgeschlagen, nur knapp überlebte sie im Krankenhaus.



Bubusara Ryskulova, die Präsidentin von Sezim, der Frauen - Schutzorganisation, suchte ein anderes Haus mit 5 Zimmern und Küche. Das wollte dann die Besitzerin verkaufen und man musste erneut suchen und fand ein Gebäude mit ebenso vielen Räumen, das zuerst 500 Euro im Monat kostete, kurz danach bereits 600. Immerhin haben dort 17 Frauen mit Kindern für ein paar Monate leben können. Als bekannt wurde, dass diese Einrichtung von einer ausländischen NGO finanziert wird, stieg die Miete erneut. Wegen der Unsicherheit einer weiteren Finanzierung zog man schließlich in das kleine Privathaus mit den 3 Zimmern, während wir hier vergeblich versuchten, Nachfolger für unsere Hilfsprojekte zu finden. Wir haben darüber berichtet. Als sich der Erfolg unserer Spendenaktion abzeichnete, rieten wir Sezim, mehrere geeignete Objekte zu suchen,

unter denen schließlich unsere Frau von Rotenhan vor Ort zusammen mit Bubusara Ryskulova das oben beschriebene Gebäude als das am besten geeignete bestimmte. Mit dem von uns formulierten Kaufvertrag, der festlegt, dass das Haus nicht zweckentfremdet, 10 Jahre nicht veräußert wird und alle Kosten im Zusammenhang mit dem Kauf des Hauses von Sezim zu tragen sind, ist nach der sofortigen Zustimmung von Sezim zu diesem Vertrag die Summe nach Bishkek transferiert und der Kauf des Gebäudes sowie die Übereignung an Sezim innerhalb weniger Tage notariell vollzogen worden. Da der Kaufpreis unter unserer Spendensumme lag, blieben ca. 10 000 Dollar übrig, mit denen der Anschluss des Hauses an das öffentliche Kanalnetz, die Video-Überwachung des Gebäudes und diverse Umbaumaßnahmen bezahlt werden konnten. Durch die Teilung des großen Wohnzimmers und anderer Räume entstanden 4 neue Zimmer, aus dem oberen Flur ein TV-Raum, die Garage wurde zur Lagerung von Vorräten umgestaltet und aus einer überdachten Terrasse entstand ein Seminarraum mit Fußbodenheizung. Nach dem Abschluss aller Arbeiten bietet das NUR-Haus jetzt Platz für die Aufnahme von bis zu 32 Personen, Frauen mit ihren Kindern, und bedeutet für Sezim einen dauerhaft verlässlichen Sicherheitszuwachs gegenüber der ständigen Gefährdung und Abhängigkeit von der Willkür der Vermieter.

Am 7. Oktober wurde das Haus im Beisein der deutschen Botschafterin in Kirgistan, Frau Monika Iwersen, feierlich eingeweiht. Wegen der Pandemie war es uns leider nicht möglich teilzunehmen. Mehr Information und Bilder zum Haus NUR auf www.kirgistan-hilfe.de

KIRGISTAN HILFE der Bayerischen Ostgesellschaft e.V.

Geldspenden:

Bayerische Ostgesellschaft e.V.

Stichwort »Kirgistan-Hilfe«

[Stadtsparkasse München](#)

[IBAN DE14 7015 0000 0908 2302 20](#)

[BIC SSKMDEMM](#)

Sachspenden:

H.W. und Karla Hey

Tel. 08177- 92044, Fax 08177-92046,

Mail hey@kirgistan-hilfe.de

Arbeitskreis Belarus

In den letzten Wochen haben den Verband diverse Aufrufe erreicht unter den Links finden Sie Informationen rund um die Proteste der belarussischen Opposition. In den nächsten Wochen werden wir versuchen, rund um diese Frage eine online-Veranstaltungen oder –Konferenzen zu organisieren

[Appell an die deutschen Partnerstädte und -organisationen](#)

[Information über NAU und Projekt](#)

[NAU](#)

Aus BDWO-Vereinen:

Freundeskreis Brest, Ravensburg/Weingarten

Hallo an alle, die nicht dabei sein konnten, aber mit Sorge und Hoffnung die Ereignisse in Belarus und unserer Partnerstadt Brest verfolgen!

Rundbrief BDWO Februar 2021

Allen, die gekommen sind, mein herzlicher Dank (auch wenn manche/r den Fototermin um ein paar Minuten verpasst hat). T. Siebert (herzlichen Dank!) hat sehr schöne Aufnahmen gemacht, die ihr in meiner Dropbox findet (Link unten), und zwar im Ordner "Tag der internationalen Solidarität ..." Dort ist auch eine Pressemitteilung von Yauhen Lukashevich abgelegt. Mit Strg+c kann man gewünschte Dateien kopieren und mit Strg+v auf dem eigenen Rechner ablegen. Hier der Link:

https://www.dropbox.com/sh/uggqym7w8fbhc3k/AACRXRN_cThALFEhET3j8AYOa?dl=0

Am Sonntagmittag fand auf Initiative der Gemeinde Coevorden (NL), ebenfalls Partnerstadt von Brest, online ein Round-Table-Gespräch mit fünf (!) Vertretern der Stadtverwaltung von Coevorden (BM, Beauftragte für internationale Beziehungen sowie drei Mitgliedern des Stadtrats), mit Vertretern/Aktivist:innen der belarusischen Diaspora in den NL, in Polen, Deutschland und ??, von Bysol (Solidaritätsfonds <https://bysol.org/english>), von Libereco (deutsch-schweizerische Menschenrechtsorganisation <https://www.lphr.org>), A. Ivachov vom NAU in Warschau (<https://belarus-nau.org>) ... - insgesamt gut 15 Teilnehmer:innen. Am Ende des zweieinhalbstündigen Gesprächs habe ich mir folgende **Anregungen an die Partnerstädte und deren Bürger:innen** notiert:

- **Die offiziellen Beziehungen** zwischen den Verwaltungen der Partnerstädte **minimieren**, aber evtl. bereits verabredete und laufende Projekte fortführen. Den Focus auf zivilgesellschaftliche Akteure (sofern vorhanden) richten.
 - Unternehmen mit Niederlassungen in Belarus auffordern, ihre dortigen Arbeitnehmenden zu schützen: Arbeitsbedingungen, keine politisch motivierten Entlassungen - Für die Zeit nach einem Machtwechsel Wirtschaftskontakte vorbereiten.
 - belarusische Offizielle **ignorieren**
 - Als **Stadtverwaltung** Kontakt mit dem **Außenministerium** aufnehmen, um zu klären, wie die partnerschaftlichen Beziehungen zum Schutz der Bürger:innen der Partnerstadt genutzt werden können.
 - die belarusischen "**Botschaften des Volkes**" kontaktieren und unterstützen
 - Emigranten (**politische Flüchtlinge**) aus Brest materiell **unterstützen**, evtl. zu einem (psychischen) Erholungsurlaub einladen
 - Sich um anhaltende Aufmerksamkeit für Belarus auch in den **lokalen Medien** kümmern.
 - Kontakte zu politischen **Parteien** knüpfen und sie zum Engagement bewegen
 - **Information der Bevölkerung** durch Ausstellungen, Vorträge etc. (Das Kapuziner_Kreativzentrum <https://kapuziner.info> plant in Ravensburg bereits intensiv zusammen mit dem Ravensburger Schülerrat für dieses Frühjahr Veranstaltungen.)
 - **Solidaritätsaktionen** wie an diesem Wochenende sind eine wichtige moralische Stütze derer, die trotz wachsendem Druck im Land immer noch (in kleinen Grüppchen) zu Protesten hinausgehen. Konkret: Derzeit stehen Menschen in Brest vor Gericht, die im Rahmen einer Demonstration eine Straßenkreuzung blockiert hatte, indem sie dort einen Rund-Tanz veranstalteten - bis sie von Wasserwerfern vertrieben wurden. Ihnen drohen lange Haftstrafen. In den Partnerstädten/-gemeinden von Brest könnten solche "Tanz-Blockaden" veranstaltet, gefilmt und in den nicht-staatlichen belarusischen Medien veröffentlicht werden.
 - z. B. eine **Allee** bzw. Bäume **pflanzen** und mit Informationen über in Belarus Verschwundene oder Getötete versehen.
 - **Briefe an politische Gefangene** stärken nicht nur die Inhaftierten (und deren Zellengenossen), sondern wirken auch auf die Behörden, die dadurch wahrnehmen, dass "die Welt" die Gefangenen nicht vergessen hat. Vorlagen/Musterbriefe - auch in kyrillischer Schrift - werden zur Verfügung gestellt.
- Darunter sind, denke ich, viele Dinge, die auch wir anpacken können. Packen wir's an?!

Herzliche Grüße und eine gute neue Woche,
Volker Jansen

[Freundeskreis Brest e.V.](#)

West-Ost-Gesellschaft in Baden-Württemberg

Brief an die Stadt Esslingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Zieger, sehr geehrte Frau Radtke, die West-Ost- Gesellschaft in Baden- Württemberg e.V. (WOG, Mitglied im Bundesverband der Deutschen West-Ost-Gesellschaften - BDWO, Berlin) arbeitet seit Jahren im osteuropäischen Raum, vor allem seit den Zeiten der Tschernobyl- Katastrophe, im Bereich medizinisch- humanitärer Zusammenarbeit, auch in Belarus. Herr Thienwiebel kennt uns beispielsweise sehr gut. Für Ihre eigene Partnerschaft in Belarus mit Molodetschno, die wir mit großer Sympathie verfolgen, ist möglicherweise die nachstehende Information von Interesse.

Aufgrund der bekannten Situation im Land hat die Präsidentin der europäischen Kommission, Frau von der Leyen, im August letzten Jahres medial ein 53- Millionen- Programm angekündigt, von dem dann aber zunächst nicht sehr viel übrig blieb. Es sollte um die Unterstützung der Zivilgesellschaft, der Medien, kleinerer Betriebe, Jugendaustausch etc. etc. und vor allem um ein Covid- Hilfsprogramm gehen.

Das Programm wird derzeit auf der Basis von nur noch 24 Millionen Euro aktualisiert. Infos sind aber immer noch nur sehr schwer zu bekommen. Selbst die Büros von Europa- Abgeordneten haben von uns mehr Informationen erhalten, als dies umgekehrt der Fall war. Die EU- Vertretung in Berlin ist leider ein Totalausfall, obgleich sie in ihrer „Eigenwerbung“ ja behauptet, Vermittler zwischen Städten, der Zivilgesellschaft und der Kommission sein zu wollen.

Nichtsdestotrotz haben wir eine der von uns unterstützten Kliniken in Mogilev/ Belarus einmal gebeten, zusammenzustellen, welchen Bedarf sie in Sachen Covid hätte. Nachdem dies erfolgte, vor allem geht es um fehlende und teure Labortechnik, haben wir diese Anforderungen nach Brüssel weitergeleitet. Eine Antwort haben wir über Wochen und Monate hinweg nie bekommen. Allerdings hat sich plötzlich die WHO in Minsk bei der Klinik gemeldet und unter Bezug auf das EU- Programm eine Unterstützung zugesagt. Sollten Sie nähere Infos dazu wünschen, stehen wir für Auskünfte gerne zur Verfügung.

Unseres Erachtens könnte es sich also lohnen, wenn Kliniken, mit denen Sie im Rahmen der Partnerschaft zusammenarbeiten, entsprechend vorgehen.

Dies könnte auch für weitere Ihrer Vorhaben, auch außerhalb des medizinischen Programms, ggf. sinnvoll sein. Die Förderung der Zivilgesellschaft soll beispielsweise über den europäischen Demokratiefond in Brüssel erfolgen. Auch hier werden wir weiter nachhaken und im Sinne der Sache die Kommission „nerven“.

Dies erscheint uns zur Erlangung konkreter Hilfen jedenfalls sinnvoller zu sein, als symbolische Projekte bis hin zu Geldspenden zu verfolgen, zu denen im Moment Einzelpersonen und ein in Gründung befindlicher Verein aufrufen (RAZAM, Berlin), aufrufen. Danach sollen im Februar im Rahmen eines „Aktionstages“ hierzulande öffentliche Gebäude wie Rathäuser mit den Fahnen der belarussischen Opposition beflaggt werden.

Nach unserer Auffassung könnte und kann dies für bewährte Partnerschaften eher kontraproduktiv sein. Städtepartnerschaften halten wir für überfordert, ein Instrument der belarussischen Opposition zu werden. Dies heißt nicht, dass Polizeigewalt etc. nicht zu verurteilen wäre. Solche empfohlenen symbolischen Flaggen- Aktionen können aber eher dazu beitragen, bewährte Partnerschaften und Kontaktpersonen zu gefährden, statt im Land Gutes für die Menschen zu bewirken.

Dass RAZAM darauf nicht sehr viel Rücksicht nimmt, geht aus Positionierungen hervor, die zum Teil auch polemisch gegen die Arbeit der Stadtverwaltungen gerichtet sind. So werden in einem uns vorliegenden Papier die bisherigen Partnerschaften als „Behördentourismus“ desavouiert. Ohne diesen „Tourismus“ wäre den letzten Jahren wenig bewirkt worden. So bestärken solche Äußerungen eher unsere Vermutung, dass es wie gesagt mehr um Symbolik und weniger um die Menschen in Belarus geht.

Daher stehen wir Ihnen im eingangs geschilderten Sinne bei Bedarf gerne mit Infos zum Thema EU und unserer bislang erfolgreichen Vorgehensweise zur Verfügung. Die Nutzung dieser Möglichkeiten halten wir für effizienter.

Herzliche Grüße aus dem „badischen Ländle“
West-Ost- Gesellschaft in Baden-Württemberg e.V. ([WOG](#))
Jörg Tauss, 27. Januar 2021

EU-Belarus Programm

Schönen guten Tag,
als Anhang übersende ich z. K. das aktuelle Belarus - [Programm der EU](#) (in englischer Sprache). Wie schon ausgeführt, sind von den 53 Millionen aus August jetzt aktuell 24 Millionen übrig geblieben. Vor allem der Gesundheitsbereich wurde offensichtlich gegenüber der Ursprungsankündigung (50 Millionen) stark „eingedampft“.
„Intern“ würde an der weiteren Umsetzung gearbeitet. Aktuelleres zu diesem Stand könne nicht gesagt werden, teilte mir die EU- Vertretung in Berlin jetzt erneut mit. Nach meiner Einschätzung geht es aber unverändert um die Unterstützung der Opposition im Ausland und weniger um die zivilgesellschaftliche Unterstützung der Menschen in Belarus und in unseren Partnerstädten. Was wir dessen ungeachtet erfreulicherweise an medizinischer Hilfe für „unsere“ Klinik in Mogilev erreichen konnten erfolgte über die EU - Delegation in Minsk bzw. das WHO - Büro in Minsk.
Viele Grüße von der West- Ost- Gesellschaft in BaWü
Jörg Tauss

Gesellschaft für Deutsch-Russische Begegnung Essen e.V.

Bitte unterstützt das Programm Freiwilliges Soziales Jahr in Essen-Partnerstadt Nischni Nowgorod.

Liebe Freunde der Deutsch-Russischen Begegnung, ein für Groß und Klein ungewöhnliches Jahr liegt hinter uns. Für die Meisten lief es anders als geplant.

Trotz Allem möchten wir daran festhalten, dass junge Menschen die Gelegenheit bekommen ein lebenswichtiges Jahr in Nischni Nowgorod zu erleben. Es wird ein Jahr der Selbstfindung und der Entdeckung eines riesigen Landes, seiner vielfältigen Kultur und herzlichen Menschen.

Das [Werbeschreiben](#) ist von unseren ehemaligen Friedis Julia und Sven erstellt.

Als Bewerbungsschluss gilt der 10. März und am 13. März findet das Auswahltreffen in welchem Format auch immer statt.

Bitte verteilt das [Info-Blatt](#) in den Netzwerken, an Jugendorganisationen, Abiturienten, Nachbarn, Verwandten, Freunde, bitte auch um Aushang an den Schulen und überall, wo junge Menschen sich aufhalten.

Irina Pfeiffer, 2. Vorsitzende

Gesellschaft Deutschland – Russland/Dagestan

Erste Online-Vorstandssitzung der Oldenburger Regionalgesellschaft Deutschland-Russland/Dagestan

Am 12. Januar war es soweit: Der Vorstand der Oldenburger Regionalgesellschaft Deutschland-Russland/Dagestan (GDRD) tagte zum ersten Mal Online mit technischer Unterstützung von Geschäftsführerin Oksana Kogan-Pech des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften (BDWO). Der BDWO bietet seinen Mitgliedern die organisatorische Vorbereitung von Zom-Konferenzen an. Von diesem Angebot machte der GDRD-Vorstand Gebrauch und dabei beste Erfahrungen.

Planungen für 2021, Berichte über Russlandaktivitäten an der Berufsbildenden Schule in Oldenburg sowie über ein Gespräch mit dem Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft standen neben der Diskussion über die aktuelle politische Lage in der von Vorsitzenden Helmut Hinrichs geleiteten Vorstandssitzung im Mittelpunkt der Beratungen.



Auf Anregung von Vorstandsmitglied und Berufsschullehrer Volker Kruse ist für 2021 eine Online-Veranstaltung mit Referenten, Gästen und/oder Kontaktpersonen aus Machatschkala (Partnerstadt der Stadt Oldenburg und der Gemeinde Hatten) und/oder Izhevsk (Partnerschaft zwischen Berufsbildenden Schulen in Oldenburg und Izhevsk) mit Themen aus den Bereichen Austausch, Alltag, Corona und Landeskunde geplant.

Auf der nächsten Online-Vorstandssitzung am 16. März soll die Feinplanung vorgenommen werden. Mehr Information unter gdrd.de

Freunde Baschkortostans



Der Workshop hat das Ziel die Städtepartnerschaft zwischen Halle und Ufa zu stärken und den kulturellen Austausch zu fördern.

Der Baschkirische Tanzworkshop wird organisiert von dem Verein Freunde Baschkortostans e.V. und findet am 13. März 2021 online von 14.00 bis ca. 15.00 Uhr statt.

Beim Workshop erhalten alle Teilnehmenden die Möglichkeit, einen Einblick in die baschkirische Kultur zu bekommen, während sie verschiedene traditionelle Elemente des baschkirischen Tanzes einstudieren. Ziel ist es, am Ende einen Tanz zu erlernen.

Geleitet wird der baschkirische Tanzworkshop von Elwira Mullagulowa. Sie ist Solistin des Staatlichen Akademischen Gaskarov Ensemble der Republik Baschkortostan. 2017 war

sie bereits zum Eröffnungskonzert des 20jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum zwischen Ufa-Halle, organisiert durch die Freunde Baschkortostans e.V., mit weiteren Künstlern der Staatlichen Baschkirischen Philharmonie in Halle.

Anmeldung unter: <https://forms.gle/jc6U6hOsL7D1OSsZA>

Anmeldefrist: 08.03.2021

Teilnahmegebühren: keine

Teilnehmen können Interessenten jeden Alters und Geschlecht.

Es sind keine russischen Sprachkenntnisse nötig!

Sie bekommen eine Eingangsbestätigung via E-Mail nach Ihrer Anmeldung. Wir werden Sie bis zum 09. März 2021 über Ihre Teilnahmemöglichkeit benachrichtigen, da es nur eine begrenzte Anzahl an Plätzen gibt.

Neuerscheinungen

Vom Wälzen schwerer Steine

Hanns-Werner Hey

ISBN 978-3-753106-82-3



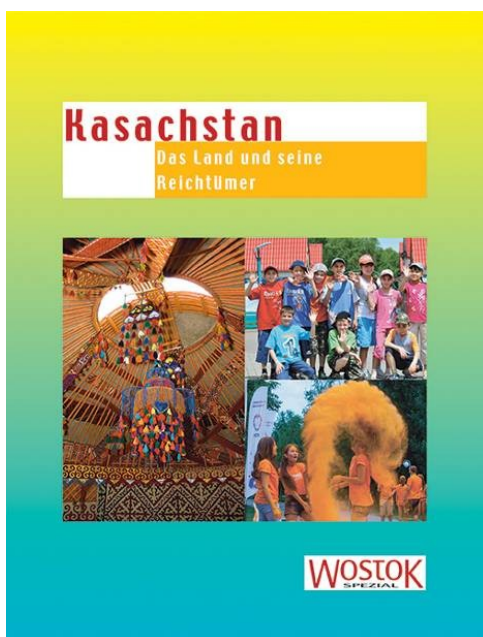
Nach fast vierzigjähriger Praxistätigkeit als Zahnarzt reist der Autor 2005 mit seiner Frau zum ersten Hilfseinsatz nach Ladakh, begegnet dem Buddhismus und seinem Mantra des universellen Mitgefühls. Im gleichen Jahr arbeitet er in Jimma, Äthiopien, für Karlheinz Böhms Organisation „Menschen für Menschen“.

Ab 2006 folgen medizinische und humanitäre Hilfsprojekte in Kirgistan, um die gravierendsten Mängel in Krankenhäusern zu lindern und durch Spenden die Bedürftigsten mit Minirenten zu unterstützen. Mit der Finanzierung eines Schutzhauses werden existenziell bedrohte Frauen und ihre Kinder vor Übergriffen bewahrt. Durch Mikrokredite wird ihnen der Aufbau einer selbstständigen Existenz ermöglicht.

Dieses Buch erzählt von der bitteren Not in den brüchigen Plattenbauten der Hauptstadt, vom desolaten Gesundheitssystem, skurrilen Zwischenfällen und der Gastfreundschaft in jedem Haus und jeder Jurte. Es berichtet darüber, wie der Mangel durch

Geschick und Improvisation kompensiert und wie Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt wird. Die schweren Steine – Korruption und fehlende Unterstützung der Administration - verlieren ihr Gewicht durch das Glück, Menschen zu treffen, die vor keinem Problem kapitulieren und vermeintlich Unüberwindliches überwinden. Diese Erfahrungen haben natürlich auch das eigene Umfeld in neuem Licht gezeigt und das Bedürfnis geweckt, etwas zurückzugeben für das, was uns in unserem Land ermöglicht wird.

Kasachstan. Das Land und seine Reichtümer.



Das Kasachstan-Spezial gibt einen Überblick über das moderne Kasachstan. Es widmet sich Fragen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Es berichtet über die multinationale Bevölkerung und die ereignisreiche Geschichte, darunter gesondert der historischen Herausbildung des Bildungswesens, aber auch über die Architekturentwicklung in dieser weiten Steppenregion. Schwerpunkte sind die 14 Gebiete und drei Städte republikanischer Bedeutung des Landes in ihren Besonderheiten und Potenzialen sowie die Reichtümer des Landes, die Naturschutzgebiete und der Umweltschutz. Gesondert betrachtet werden einzelne Kulturbereiche, die in ihrer heutigen Ausgestaltung eine Synthese aus nomadischer Vergangenheit und Moderne sind.

Bestellung beim [WOSTOK Verlag](#)

Ausschreibungen

VII. JUGENDFORUM Potsdamer Begegnungen „Partner in schwierigen Zeiten? – Deutschland und Russland in der Post-Corona-Ära“.

In Kooperation mit der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie in Moskau lädt das Deutsch-Russische Forum e.V. ein, sich für die Teilnahme an dem VII. JUGENDFORUM Potsdamer Begegnungen online zu bewerben.

Das **JUGENDFORUM** findet am **24. März 2021** von 10:00 bis 16:00 Uhr im Online-Format via Zoom statt und wird sich mit dem Thema: „**Partner in schwierigen Zeiten? – Deutschland und Russland in der Post-Corona-Ära**“ beschäftigen.

Die Teilnehmer des JUGENDFORUMs Potsdamer Begegnungen sind eingeladen, in einer Online-Diskussion neue Herausforderungen und Handlungsfelder mit Blick auf die Folgen der Coronavirus-Pandemie zu ergründen und eigene Expertenbewertungen und Empfehlungen zu erarbeiten.

Die Ausschreibung richtet sich vorrangig an junge Doktoranden, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler, Juristen sowie Nachwuchskräfte im Bereich der internationalen Beziehungen im Alter von bis zu 35 Jahren.

Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Russisch (simultan gedolmetscht).

Deutsche Interessenten können sich über dieses [Formular](#) bis zum 12. März 2021 bewerben.

Das Auswahlverfahren erfolgt bis zum 17. März 2021.

Ansprechpartner:

Für deutsche Bewerber – **Deutsch-Russisches Forum e.V., Elena von Fumetti,**

fumetti@deutsch-russisches-forum.de

Für russische Bewerber – **Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie, Darja Lobanowa,**

dalobanova@gmail.com

Weiterführende Informationen für russische Bewerber finden Sie auf der

[Homepage der Gortschakow-Stiftung für öffentliche Diplomatie.](#)

Nachruf Franz Kiesel



Der Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften trauert um Franz Kiesel, der am 18. Januar 2021 verstorben ist.

Franz Kiesel war von 1993 bis August 2017 Vorsitzender des Forums Russische Kultur Gütersloh e.V. Seit dem Gründungsjahr 1991 führte der Verein unzählige Gruppenreisen nach Russland und in viele seiner Regionen durch getreu der Devise „Kontakte sind uns zu wenig, wir wollen Beziehungen“. Auch der deutsch-russische Kulturaustausch in Gütersloh ist eine Erfolgsgeschichte, in der Zahlen für sich sprechen. In jedem Jahr haben bis zu 15 Konzerte mit hervorragenden Solisten, Ensembles, Chören und Orchestern aus Russland hier stattgefunden. Neben dem Schwerpunkt Kultur ist das Forum auch engagiert in Gedenkveranstaltungen für verstorbene Sowjetbürger auf dem Friedhof in Senne-Stukenbrock, Kreis Gütersloh oder es führt Veranstaltungen mit namhaften Referenten zu politischen Themen durch.

